

Zeitschrift: Verwaltungsbericht des Regierungsrates, der kantonalen Verwaltung und der Gerichtsbehörden für das Jahr ... = Rapport de gestion du Conseil-exécutif, de l'administration cantonale et des autorités judiciaires pendant l'année ...

Herausgeber: Staatskanzlei des Kantons Bern

Band: - (2001)

Heft: [1]: Verwaltungsbericht : Berichtsteil

Artikel: Verwaltungsbericht der Staatskanzlei

Autor: Nuspliger, Kurt / Krähenbühl, Renato / Schwob, Michel

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-418408>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.06.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

2. Verwaltungsbericht der Staatskanzlei

Staatsschreiber: Dr. Kurt Nuspliger
 Vizestaatschreiber: Renato Krähenbühl
 Vizestaatschreiber: Michel Schwob

2.1 Schwerpunkte der Tätigkeit

Die Staatskanzlei ist gleichzeitig Stabsstelle von Grosse Rat und Regierungsrat und stellt die Verbindung zwischen diesen beiden Organen sicher. In dieser Eigenschaft hat sie die fünf Sessions des Grossen Rates und die 50 Sitzungen des Regierungsrates organisiert, wovon 10 doppelte Sitzungen (ordentliche Regierungssitzungen und Klausursitzungen).

Besonders intensiv waren die Tätigkeiten im Bereich der Jurapolitik. Schwerpunkte waren die Vorbereitung des zukünftigen Sonderstatuts für den Berner Jura, die besondere Situation des Amtsbezirks Biel sowie der interjurassische Dialog (Resolutionen der Interjurassischen Versammlung, namentlich die Resolution Nr. 44 über die institutionelle Zukunft der Region, sowie die gemeinsamen Institutionen).

In der Staatskanzlei wurden die Arbeiten für das Projekt NEF aufgenommen. An einer ganztägigen Einführungsveranstaltung im Frühjahr wurden alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über die Idee von NEF sowie die Ziele des Regierungsrates und der Staatskanzlei orientiert. In der Zeit vom Frühjahr bis Herbst erfolgte in jedem Amt die Definition der Produktgruppen und Produkte, welche der Regierungsrat schliesslich im Dezember zusammen mit den Produktgruppen und Produkten der Direktionen der zweiten Staffel zur Kenntnis genommen hat. Im Nachgang an eine weitere Schulung wurden die Arbeiten für die Definition von Wirkungs- und Leistungszielen mit Indikatoren aufgenommen. Das Projekt befindet sich im vorgegebenen Zeitplan.

Die durch NEF gebundenen Ressourcen sind gerade auch für eine relativ kleine Organisationseinheit wie die Staatskanzlei sehr gross. Die Koordinationsstelle für Aussenbeziehungen und europäische Integration unterstützt den Regierungsrat in der strategischen und politischen Führung der bilateralen und multilateralen Aussenbeziehungen (Kantone, Bund, grenzüberschreitende Aktivitäten und europäische Integration). Ein besonderes Schwergewicht liegt zudem in der Unterstützung der Berner Deputation in den eidgenössischen Räten.

Im Bereich der politischen Gesamtplanung hat die Staatskanzlei im Rahmen des Projekts NEF 2000 an der Erarbeitung der Planungsinstrumente unter dem Steuerungsmodell NEF SOLL mitgewirkt und das Verfahren im Zusammenhang mit der Erarbeitung der Richtlinien der Regierungspolitik 2003–2006 eingeleitet. Mit der Einführung von NEF 2000 wird die politische Gesamtplanung zusätzlich an Bedeutung gewinnen. Die Stärkung der Staatskanzlei in diesem Bereich ist deshalb aus heutiger Sicht unerlässlich. Bereits im Jahr 1996 hat die Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates (GPK) im Verlauf der Arbeiten der Neukonzeption der politischen Gesamtplanung eine Verstärkung der personellen Ressourcen der Staatskanzlei für den Bereich der politischen Planung gefordert. Diese Verstärkung der personellen Ressourcen der Staatskanzlei fand bisher jedoch nicht statt.

Seit Mitte 2000 steht die Bernische Systematische Gesetzesammlung im Internet (www.be.ch/belex) zur Verfügung. Die Daten werden regelmässig jeden Monat aktualisiert. Die Publikationsfristen für die gedruckte Fassung werden dadurch nicht tangiert. Die organisatorischen Arbeiten im Zusammenhang mit den geplanten Feierlichkeiten zum 650. Jahrestag des Eintritts Berns in die Eidgenossenschaft im Jahr 2003 wurden fortgesetzt. Die offizielle Veranstaltung wird am 13. März 2003 stattfinden.

Die im Verwaltungsbericht des vergangenen Jahres angekündigte Erweiterung der Magazinkapazitäten des Staatsarchivs konnte im

Januar 2001 termingerecht begonnen und Mitte Jahr zu einem glücklichen Abschluss gebracht werden. Durch den Einbau von zusätzlichen Rollgestellen wurden Platzreserven für die nächsten fünf bis sieben Jahre geschaffen. Die Halonanlage, welche seinerzeit zum Schutz des historischen Archivguts vor Feuer eingebaut worden war, wurde durch eine der neuen Bundesgesetzgebung entsprechende Stickstoffanlage ersetzt. Der Lesesaal des Staatsarchivs blieb während der gesamten Bauphase geöffnet.

Die Kommunikation von Behörden und Kantonsverwaltung mit der Bevölkerung und speziellen Zielpublika hat im Rahmen der Informationsgesellschaft einen hohen Stellenwert. Die Schwergewichte lagen im Berichtsjahr bei der Realisierung der Neukonzeption der Kommunikation der Regierungspolitik (Konsolidierung der ersten Umsetzungsetappe), im Internetbereich (Vorbereitung und Aufschaltung des neuen Kantonsportals) und bei der Umsetzung der Neuausrichtung im Bereich der internen Kommunikation (u. a. Realisierung einer neuen Personalzeitschrift). Das Hauptgewicht der Kommunikationsaktivitäten lag auch 2001 bei der Medienarbeit. Die Evaluation des ersten Ausbauschnittes im Amt für Information und der Bericht des Wirtschaftsrates haben Bedürfnisse in den Bereichen Kommunikationsberatung, Internet und Öffentlichkeitsarbeit aufgezeigt. In einem nächsten Schritt wird es um die Optimierung der Kommunikationsmöglichkeiten des Kantons gehen.

Der Wirtschaftsrat hat in seinem Bericht vier Empfehlungen zur Kommunikation des Kantons gemacht. Er hat empfohlen, eine Gesamtstrategie für die Kommunikation zu definieren, die Medienarbeit zu optimieren, die Öffentlichkeitsarbeit gezielt zu verbessern und ein Kommunikationscontrolling einzuführen. Der Regierungsrat hat am 5. Dezember 2001 beschlossen, diese Empfehlungen weiter zu bearbeiten.

Die Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern stand im Zeichen personeller Veränderungen. Die erste Leiterin der Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern des Kantons Bern, Marie-Louise Barben, trat nach elf Jahren altersbedingt zurück. Mit ihr verliessen auch die langjährigen Mitarbeiterinnen die Fachstelle, um sich beruflich neu zu orientieren. Im Juli nahm ein neues Team seine Arbeit auf. Nach einer Phase der Einarbeitung, Positionierung und Zieldefinition gelang es diesem, bis Ende Jahr die Aufgaben der Fachstelle wieder in vollem Umfang wahrzunehmen.

2.2 Berichte der Ämter

2.2.1 Amt für Zentrale Dienste (AZD)

2.2.1.1 Fachstelle Administrativer Support

Die im Jahr 2000 durch interne Verlagerungen neu geschaffene Stelle hat sich im Berichtsjahr bewährt. Nebst den Arbeiten für den Amtsvorsteher im Bereich des Grossen Rates ist vor allem die Stellvertretung für den Verantwortlichen der Wahlen und Abstimmungen bedeutungsvoll.

2.2.1.2 Publikumsdienste

Im Berichtsjahr wurde die Pauschalfrankatur im Briefpostverkehr aufgehoben. Die Umstellung konnte problemlos vorgenommen werden. Wegen der gleichzeitig erhöhten Posttarife ist allerdings mit

Mehraufwendungen von einigen 10000 Franken zu rechnen. Bei der Tagespost wurden im vergangenen Jahr über 120000 Briefe und über 4000 Pakete verschickt. Dies ergab ein Gewicht von rund 33 Tonnen. Mit der Neugestaltung der Öffnungszeiten (kurze Schliessung über Mittag, am Donnerstagabend längere Öffnung) soll den Bedürfnissen des Publikums besser entsprochen werden.

2.2.1.3 *Kantonale Drucksachen- und Büromaterialzentrale (KDBZ)*

Ende Oktober wurde der bisherige Leiter, der die Drucksachenzentrale massgeblich geprägt und aufgebaut hatte, pensioniert. Leider kündigte die vorgesehene Nachfolgerin, die auf dieses Ziel eingearbeitet wurde, fast gleichzeitig ihre Stelle. Die damit entstandene Situation wurde dazu benutzt, eine Neuausrichtung der KDBZ einzuleiten. Diese Neustrukturierung und die entstandenen Personallücken führten teilweise zu einer Verunsicherung bei den betroffenen Angestellten.

Bei der Herstellung der kantonalen Drucksachen fällt auf, dass die Richtlinien «Visuelles Erscheinungsbild des Kantons Bern» zunehmend verwässert werden. Die Staatskanzlei versucht, mit gezielten Informationen die Bedeutung eines Corporate Designs zu unterstreichen.

2.2.1.4 *Finanzen und Informatik*

Das Schwergewicht der Informatik lag bei der Umsetzung einer einheitlichen und damit stabileren Umgebung der PC-Arbeitsplätze. Dazu wurden über einhundert PC-Arbeitsplätze komplett neu installiert. Die zentrale Betreuung der Informatik stellt immer höhere Anforderungen an die Informatikspezialisten. Einerseits hält die rasante Entwicklung an, andererseits haben die Organisationseinheiten der Staatskanzlei ganz verschiedenartige Bedürfnisse. Dies führt dazu, dass vermehrt mit einer externen Firma zusammengearbeitet wird.

2.2.1.5 *Wahlen und Abstimmungen*

Im Berichtsjahr wurden Ersatzwahlen in den Ständerat (4. März) und in den Regierungsrat (10. Juni) durchgeführt. Es fanden am 4. März, 10. Juni und 2. Dezember eidgenössische Abstimmungen statt.

Alle Wahlen und Abstimmungen verliefen ohne Probleme.

Die Wahlbeschwerde gegen die Wahl des Regierungsratsstatthalters des Amtsbezirks Saanen vom 26. November 2000 wurde mit Entscheidung des Bundesgerichtes vom 12. September 2001 gutgeheissen. Damit wurde der angefochtene Entscheid des Grossen Rates vom 2. April 2001 aufgehoben. Deshalb hat der Regierungsrat mit Beschluss vom 7. November 2001 eine neue Wahl angeordnet. Als Wahltag wurde der 3. März 2002 festgelegt.

Ab März 2001 wurden die Vorbereitungen für die Grossratswahlen 2002 aufgenommen. In Zusammenarbeit mit der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion wurde die Informatiklösung WALO, welche insbesondere bei den Regierungsratsstatthalterämtern zur Anwendung gelangt, weiterentwickelt. Dabei wurden die Voraussetzungen geschaffen, um die Wahlvorschläge und die Wahlergebnisse im Internet zu publizieren. Die Instruktionkurse und die Testläufe fanden im November und im Dezember 2001 statt.

2.2.1.6 *Personaldienst*

In der Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern erneuerte sich das ganze Team mit Leiterin, Juristin und Sachbearbeiterin. Im Ratssekretariat wurden die Stellen der Sekretariate

FIKO, GPK und UK NEF neu besetzt und neu eingereicht. Im Amt für Zentrale Dienste wurde eine Controllerin angestellt. Zwei langjährige Mitarbeiter wurden im Januar und September pensioniert und die Leiterin der Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern trat im Mai aus Altersgründen zurück.

Die gesamte Verantwortung für die kaufmännische Ausbildung (drei Lehrlinge und zwei Praktikanten) wurde neu dem Personaldienst angegliedert. Im internen Ausbildungszyklus der Staatskanzlei wurden folgende Module realisiert: eine Führung durch das Staatsarchiv, zwei MAG-Schulungen für Neueintretende sowie ein Kurs interne Personaladministration. In Zusammenarbeit mit dem Personalamt fand ein Workshop zum Thema «JAZ» (Jahresarbeitszeit) für die Mitglieder der Amtsvorsteherkonferenz statt. Anlässlich einer Klausurtagung der Justizkommission referierte die Personalleiterin zum Thema «Selektionsverfahren: das strukturierte Interview». Umfragen der Finanzkontrolle betreffend Überzeit haben ergeben, dass die zeitliche Arbeitsbelastung in gewissen Bereichen immer mehr an Grenzen stösst und eine angemessene Kompensation der aufgelaufenen Zeitguthaben kaum mehr realisierbar ist.

2.2.1.7 *Rathausverwaltung*

Der Abbau einer Hauswartstelle sowie eine stärkere Belegung der Räumlichkeiten im Rathaus führen zu einem Personalengpass, der in stark belasteten Zeiten mit einer Hauswartaushilfe überbrückt wird.

Im Berichtsjahr wurden zusätzliche Sitzungszimmer mit einem Hellraumprojektor, Pinwänden und Flipcharts ausgerüstet. In jedem Sitzungszimmer steht seit Beginn des Jahres Mineralwasser zur Verfügung. Das Zimmer hinter der Garderobe in der Eingangshalle wurde zu einer Kaffeeküche umgebaut, was den Betrieb des Rathauscafés während den Sessionen erheblich vereinfacht.

2.2.1.8 *Tagblatt des Grossen Rates*

Seit der Januar-Session 2001 sind die Protokolle der einzelnen Ratssitzungen jeweils eine Woche später im Entwurf auf Internet abrufbar, während die definitive Fassung sämtlicher Ratsprotokolle rund zwei Wochen nach Sessionsschluss vorliegt. Das Tagblatt wird wie bisher zehn Tage vor Beginn der nächsten Session an die Ratsmitglieder versandt. Der relativ frühe Internet-Zugriff hatte zur Folge, dass merklich weniger Vorabzüge des Tagblatts verlangt wurden. Damit wird mit einem vergleichsweise kleinen Team ein rascher Zugriff auf die Wortprotokolle ermöglicht. Eine weitere Verbesserung wäre mit einem merklich höheren Personalaufwand verbunden.

2.2.2 **Amt für Sprachen- und Rechtsdienste (ASR)**

2.2.2.1 *Vertretung beider Landessprachen in der Kantonsverwaltung*

Der SOS-F-Dienst (Rekrutierung von frankophonem Personal) beschränkt seine Tätigkeiten darauf, in periodischen Abständen zu kontrollieren, dass die Stellenausschreibungen der Zentralverwaltung jeweils in den beiden Amtssprachen erfolgen. In den meisten Fällen werden die Bestimmungen in Bezug auf die Veröffentlichungen in beiden Sprachen eingehalten. Bei Missachtungen hat der SOS-F-Dienst die betreffenden Verwaltungsstellen an ihre diesbezüglichen Pflichten erinnert.

2.2.2.2 Übersetzung

Der Zentrale Übersetzungsdienst hat sich auf seine ordentlichen Aufgaben und im Rahmen von NEF 2000 auf die Definition der Produkte sowie der Wirkungs- und Leistungsziele konzentriert.

2.2.2.3 Terminologie

Der Zentrale Terminologiedienst hat den Datenbestand von LINGUA-PC laufend erweitert und aktualisiert. Schwerpunkte waren insbesondere die Ausarbeitung der Terminologie im Bereich der Kosten-, Leistungs- und Erlösrechnung (KLER) sowie die ständig zunehmenden punktuellen Anfragen (SOS-Terminologie) im Zusammenhang mit NEF 2000. Die Leiterin des ZTD ist Mitglied mehrerer NEF-Arbeitsgruppen, was eine grosse zeitliche Beanspruchung darstellt.

Die Leiterin des ZTD hat im April und November an den Sitzungen des *Rats für deutschsprachige Terminologie* und im Oktober am jährlichen Treffen der *CompuTerm-Gruppe* teilgenommen. Im April und Oktober trafen sich die Leiterin des ZTD sowie der Vorsteher des ASR mit ihren Amtskollegen der Kantone Freiburg, Graubünden, Wallis und des Bundes.

2.2.2.4 Rechtsdienst

Schwerpunkt der Arbeiten bildeten die Vorbereitungen zur Umsetzung von NEF 2000: Teilnahme an den Projekten «NEF-Gesetzgebung» und «Planungsinstrumente», Prüfung juristischer Fragen im Zusammenhang mit dem Gesetz über die Steuerung von Finanzen und Leistungen (FLG), Definition der Produkte, der Produktgruppen sowie der Wirkungs- und Leistungsziele. Der Rechtsdienst wurde auch im Rahmen der Projekte in Bezug auf den neuen Richtplan sowie die Verkleinerung des Grossen Rates (Grosser Rat mit 160 Mitgliedern und Wahlreform) stark beansprucht. Die Aktualisierung der Bernischen Systematischen Gesetzessammlung (BSG) per Frühjahr 2001 erforderte auf Grund der Vielzahl neuer Gesetzestexte, insbesondere im Bereich der Steuern, besonders grosse Anstrengungen. Die Arbeiten bezüglich der Richtlinien für die Regierungspolitik 2003–2006 wurden Ende Jahr aufgenommen.

2.2.2.5 Politische Mitwirkung

Das ASR hat im Rahmen seiner Tätigkeiten im Dienste der regierungsrätlichen Juradelegation die Arbeiten im Zusammenhang mit dem Gesetzentwurf und dem Vortrag zum künftigen Statut des Berner Juras fortgesetzt und eine Projektorganisation geleitet, mit der alle Direktionen ins Projekt eingebunden werden. Es hat die Stellungnahmen des Regierungsrates zur Resolution Nr. 44 der Interjurassischen Versammlung vorbereitet. Weiter konnte es die Arbeiten rund um die vermögensrechtliche Auseinandersetzung im Zusammenhang mit dem Kantonswechsel der Gemeinde Vellerat zu Ende führen.

Der Regionalrat hat sich nach Abschluss des Regierungsauftrags im Zusammenhang mit der fortschreitenden Autonomisierung wieder auf seine üblichen Geschäfte konzentriert, zu zahlreichen Dossiers Stellung genommen und wie jedes Jahr zahlreiche Sitzungen abgehalten (10 Plenarsitzungen, 11 Sitzungen des Büros, 3 Sitzungen des Steuerungsausschusses, 7 Medienkonferenzen, 59 Sitzungen von Kommissionen und Delegationen).

2.2.2.6 Aussenbeziehungen

Die Zusammenarbeit zwischen den Kantonen konzentrierte sich schwergewichtig auf die Vor- und Nachbereitung der Plenarsitzun-

gen der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK). Daneben fand eine Vielzahl von Konsultationen und Vernehmlassungen der KdK statt.

Die Unterstützung der Berner Deputation in den eidgenössischen Räten konnte weiter ausgebaut werden und wird von den Parlamentarierinnen und Parlamentariern geschätzt. Dem Kanton Bern eröffnet sich dadurch die Möglichkeit, mit gezielten Informationen zu für den Kanton wichtigen Geschäften an die Bundesparlamentarierinnen und -parlamentarier zu treten.

Im Rahmen der Aktivitäten der «Communauté de Travail du Jura» stand die Umwandlung und Umbenennung der CTJ im Vordergrund. Die CTJ wird fortan «Conférence TransJurassienne» heissen. Auf französischer Seite wird neu neben dem Präsidenten des Conseil Régional de Franche-Comté auch der Präfekt dieser Region, also der französische Zentralstaat, vertreten sein. Die CTJ Schweiz besteht wie bis anhin aus den Kantonen Bern, Jura, Neuenburg und Waadt. Weitere gewichtige Dossiers der CTJ waren diverse Aktivitäten im Bereich Agritourismus und die Arbeiten im Rahmen des Lobbyings für die Aufrechterhaltung der TGV-Linien Bern–Neuenburg–Pontarlier–Paris.

Im Bereich der Beziehungen zum Ausland stand die Betreuung von Praktikanten im Vordergrund. Wie bereits im letzten Jahr absolvierten zwei Praktikanten aus Ostmitteleuropa im Rahmen des Programms «CENTURIO» der Versammlung der Regionen Europas während zwei Wochen ein Praktikum bei der Koordinationsstelle. In dieser Zeit gewannen die Praktikantin aus Polen und der Praktikant aus Kroatien einen Einblick in unser politisches System und unsere Verwaltung.

Im Weiteren weilten zwei Praktikantinnen der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege aus Berlin während drei Monaten im Kanton Bern. Sie hatten die Möglichkeit, während ein- oder zweiwöchiger Aufenthalte verschiedene Zweige unserer Verwaltung kennen zu lernen und sich ein Bild über unsere Arbeitsweise zu verschaffen.

Die europäische Integration war geprägt durch die Arbeiten im Rahmen der Umsetzung der bilateralen sektoriellen Abkommen der Schweiz mit der EU. Da sich die Inkraftsetzung der Verträge weiter verzögert hat und nun für das Frühjahr 2002 vorgesehen ist, begannen bereits die Arbeiten zu weiteren sektoriellen Abkommen. In mehreren Vernehmlassungen des Bundes, die durch die KdK koordiniert wurden, konnte sich der Kanton Bern zu den neuen Verhandlungsmandaten unter anderem in den Bereichen justizieller und polizeilicher Zusammenarbeit («Schengen und Dublin»), Zinsbesteuerung und Betrugsbekämpfung, Dienstleistungsabkommen, Statistik, Bildung und Erziehung äussern.

2.2.2.7 Zentralbibliothek

Die Katalogisierung der Werke aus der Dokumentationsstelle der Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern wird im Januar 2002 abgeschlossen sein.

2.2.3 Staatsarchiv (StAB)

2.2.3.1 Öffentlichkeitsarbeit

Die Überführung des kulturhistorisch bedeutenden Archivs der Zbinden Film AG ins Staatsarchiv konnte im Herbst 2001 abgeschlossen werden. Im speziell klimatisierten Film- und Fotoarchiv lagern nun 115 Filmtitel mit Arbeiten des Berner Filmunternehmens von 1928 bis 1990. Unter dem Titel «75 Jahre Filmgeschichte. Querschnitt aus dem Archiv der Zbinden Film AG» zeigte das Staatsarchiv in Zusammenarbeit mit dem Kunstmuseum Bern und dem heutigen Inhaber des Filminstituts vom 29. November bis

1. Dezember einen Zusammenschnitt einiger Hauptwerke von Charles Zbinden sowie ausgewählte Originalfilme aus dessen Schaffen.

Erneut wurden im Staatsarchiv zahlreiche Spezialführungen für Schulklassen, Auszubildende, private und offizielle Besuchergruppen durchgeführt. Trotz Behinderung durch die von Januar bis Juli dauernden Erweiterungsarbeiten wurden bei 36 (Vorjahr 41) zum Teil doppelt und mehrfach geführten Anlässen rund 750 Personen durch das Staatsarchiv begleitet.

Stets grösseres Gewicht gewinnt der Auftritt des Staatsarchivs im Internet. Besondere Bedeutung kommt dabei den Bereichen Familienforschung und Familienwappen zu.

2.2.3.2 Erschliessung und Benützung

Im Gegensatz zum Vorjahr (440 Laufmeter) hielt sich der Gesamtzuwachs an Archivalien im Berichtsjahr in durchschnittlichem Rahmen. Er betrug 316 Laufmeter. Davon stammten 255 Laufmeter (Vorjahr 390) von kantonalen Dienststellen. Unter den Neuzugängen sind speziell die Akten des Amtes für öffentlichen Verkehr zur bernischen Verkehrspolitik von 1880 bis 1990 zu erwähnen.

Ein weiterer kleiner Schritt konnte im Bereich der Ablieferung der Kirchenbücher verzeichnet werden. Im Berichtsjahr überführte die Gemeinde Melchnau ihre Tauf-, Ehe- und Totenrödel ins Staatsarchiv. Gemeinsam mit der zuständigen Polizeidirektion wird das Staatsarchiv auch in Zukunft Gespräche mit denjenigen Gemeinden führen, die sich der Umsetzung der Motion Meinen aus dem Jahr 1979 nach wie vor widersetzen.

Die Frequenzen im Lesesaal stiegen auch im Jahr 2001 leicht an. 5796 (Vorjahr 5631) Besucherinnen und Besucher nahmen die Dienste des Staatsarchivs in Anspruch. Erfreulich gross waren erneut die Benützerzahlen aus dem universitären Bereich: die Bestände des Staatsarchivs wurden im Zusammenhang mit 29 Dissertationen, 22 Lizentiatsarbeiten und 25 Seminararbeiten konsultiert. Nach wie vor grosses Interesse ist im Bereich der Familienforschung feststellbar. Die Zahlen der Kirchenbücher-Bestellungen bewegten sich in den Grössenordnungen der Vorjahre.

Mit dem Anschluss der Bibliothek des Staatsarchivs an das Bibliothekssystem ALEPH konnte eine direkte Verbindung zur Stadt- und Universitätsbibliothek und zu den wichtigsten Universitätsinstituten geschaffen werden.

2.2.3.3 Bewahrung von Kulturgütern

Es gehört schon fast zur Tradition, dass im Staatsarchiv mehrere kantonale und nationale Kulturgüterschutzkurse durchgeführt wurden. Neben den praktischen Archivarbeiten und den Einrichtungen des Restaurierungsateliers fand in diesem Jahr die als zusätzlicher Brandschutz eingerichtete Stickstoffanlage besondere Beachtung. Angeregt durch die Verantwortlichen des im Aufbau begriffenen Klee-Museums fand im Dezember eine Koordinations-sitzung aller Betreiber von Restaurierungsateliers auf dem Platz Bern statt. Das Staatsarchiv signalisierte dabei seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit.

Erfreuliche Fortschritte sind im Bereich der Fotokonservierung zu verzeichnen: Für die Erschliessung der immer umfangreicher werdenden Fotobestände konnte ein elektronisches Bildverarbeitungssystem in Betrieb genommen werden. Erfolgreich abgeschlossen wurde zudem das Projekt zur Erhaltung der Fotomaterialien des Deyhle-Ansichtskartenverlags. Mit finanzieller Unterstützung der Valiant Bank wurde ein letzter Teil der historischen Ansichten aus dem Kanton Bern auf archivfähiges Material umkopiert.

Das langfristig angelegte Konservierungsprojekt für Karten und Pläne konnte planmässig weitergeführt werden, wobei auf Grund der Bauarbeiten im Staatsarchiv die Fortschritte kleiner waren als in den vergangenen Jahren.

2.2.4 Amt für Information (AI)

2.2.4.1 Allgemeines

Die Konsolidierung und die Evaluation des ersten Ausbauschnitts im Projekt «Neukonzeption der Kommunikation der Regierungspolitik» waren der klare strategische Schwerpunkt. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des AI ging es darum, sich im neu organisierten Amt mit neuen Zuständigkeiten und teilweise neuen Aufgaben zurecht zu finden. Mit einher ging die Definition neuer Arbeitsabläufe. Die Weiterführung des Pilotprojekts NEF-AI (viertes Versuchsjahr), die anforderungsreiche Medienarbeit, die Intensivierung der inhaltlichen und gestalterischen Arbeiten im Bereich Internet und die Umsetzung der Neuausrichtung im Bereich der internen Kommunikation bildeten die weiteren Schwerpunkte der Tätigkeit.

2.2.4.2 Externe Kommunikation

Die Umsetzung der «Neukonzeption der Kommunikation der Regierungspolitik» brachte für das AI eine Verstärkung in den Bereichen Redaktion und Internet. Damit ist das Amt den neuen Herausforderungen des Kommunikationszeitalters in den Bereichen Information und Öffentlichkeitsarbeit besser gewachsen.

2.2.4.2.1 Medien

Für die Kommunikationsberatung der Behörden und der Kantonsverwaltung wurden relativ grosse Kapazitäten bereitgestellt. Die ordentliche Medienarbeit erforderte von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – wie in den Vorjahren – hohe Flexibilität und Verfügbarkeit. Da die Medienarbeit seit dem Ausbauschnitt von Ende 2000 auf mehrere Personen verteilt ist und zudem das Internet bei der Informationsverbreitung erneut an Bedeutung gewonnen hat, legte das AI sein Augenmerk auf die Optimierung der Arbeitsabläufe. Im Berichtsjahr hat das AI einen grossen Teil seiner Ressourcen für die Planung, Vorbereitung und Realisierung der 101 Medienkonferenzen sowie in die Redaktion und die Übersetzung der 585 Medienmitteilungen (mit total 697 Textseiten) eingesetzt. Der grösste Teil dieser Communiqués wurden den Abonnenten (130 deutscher, 82 französischer Sprache) per Fax und E-Mail versandt. Per Post verschickt wurden nur noch wenige Medienmitteilungen, die gemeinsam mit Originaldokumenten an die Adressaten gelangten, sowie die Dokumentationen für die Medienkonferenzen. Eine laufend steigende Anzahl von Dokumenten werden den Medienredaktionen per Internet zur Verfügung gestellt.

2.2.4.2.2 Öffentlichkeitsarbeit

Die Bedeutung des Internet hat – im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Kantons und im Lichte von eGovernment – als Informationsquelle an Bedeutung nochmals gewonnen. Das Informationsangebot ist laufend erweitert und aktualisiert worden. Im November konnte nach umfangreichen Vorarbeiten das neue Kantonsportal aufgeschaltet werden, mit dem die themenzentrierte Suche im Internet-Angebot des Kantons wesentlich erleichtert wird. Das AI konnte Beratungsleistungen in konzeptionellen, inhaltlichen und gestalterischen Internet-Fragen zu Gunsten der Kantonsverwaltung und des Grossen Rates zur Verfügung stellen. Für die Grossrats- und Regierungsratswahlen vom April 2002 wurden die entsprechenden Vorarbeiten geleistet, sodass das Publikum von einem verbesserten Angebot profitieren können sollte.

Die Reihe der schriftlichen Publikationen konnte mit der Überarbeitung der Broschüre über den Regierungsrat und mit dem neuen Faltprospekt über das Rathaus Bern aktualisiert und erweitert werden. Weiter wurden die Arbeiten für eine neue Broschüre und eine

audiovisuelle Publikation über das Rathaus als politisches Zentrum sowie für den neuen Faltprospekt «Der Kanton Bern auf einen Blick» aufgenommen.

Die Beratungstätigkeit in Kommunikationsfragen und die Überarbeitung der Unterlagen für die Kommunikation in ausserordentlichen Lagen ergänzen die Dienstleistungen in diesem Bereich. Für die Führungsorgane der Gemeinden und Amtsbezirke wurde schliesslich ein Leitfaden für die Kommunikation in schwierigen Situationen erarbeitet, der diesen im ersten Quartal 2002 zur Verfügung gestellt werden kann.

2.2.4.3 Interne Kommunikation

Im Februar 2001 hat der Regierungsrat das Konzept «Neuausrichtung der internen Kommunikation des Kantons Bern» zur Kenntnis genommen. Die Umsetzung der im Konzept vorgesehenen Massnahmen wurde im Berichtsjahr an die Hand genommen. Mit der grundlegenden Renovation der Personalzeitschrift «BE-info» wurde der Grundstein zur Verbesserung der internen Kommunikation gelegt. Seit Anfang 2001 erscheint «BE-info» in einem neuen, attraktiven Kleid und nicht mehr bloss vier Mal, sondern sechs Mal im Jahr. Die aktuelle Information «BE-info: Flash» erschien zwei Mal und wurde erstmals auch per E-Mail versandt. Neu geschaffen wurde das Newsletter «info.ai» (zwei Ausgaben). Mit diesem Instrument, das an über 400 Personen in der Kantonsverwaltung versandt wird, informiert das Amt für Information seine interne Kundenschaft über seine Dienstleistungen und die Spielregeln der Kommunikation. Die Vorbereitungsarbeiten für den Aufbau eines Intranetportals für die gesamte Kantonsverwaltung konnten mangels Kapazitäten erst Ende 2001 aufgenommen werden.

Im Bereich der Medienauswertung wurden die Möglichkeiten der neuen Technologien erprobt. Ein Versuch mit einem elektronischen Clippingdienst ist grundsätzlich erfolgreich verlaufen. Allerdings musste das beteiligte Unternehmen auf Grund eines Urteils des Obergerichts seine Tätigkeit im Sommer 2002 einstellen. Die wöchentliche Presseschau «BE-reflexe», die im Berichtsjahr in 48 Ausgaben erschien, wird deshalb auf absehbare Zeit weiter geführt. Sie ging im Berichtsjahr an 383 Abonnentinnen und Abonnenten. Im Nachgang zu den Medienkonferenzen des Kantons wurden 77 Spezial-Presseschauen hergestellt.

2.2.5 Ratssekretariat (RS)

Der Tätigkeitsbericht des Ratssekretariats befindet sich im Teil C, Besondere Berichte.

2.2.6 Kantonale Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern (FGS)

2.2.6.1 Allgemeines

Ende Februar trat die Stellenleiterin Marie-Louise Barben altersbedingt zurück. Mit ihr haben auch die langjährigen Mitarbeiterinnen Sabina Maeder und Marianne Schwander die Fachstelle verlassen. Die Stelle wurde im Juli wieder besetzt. Die Projekte PARTE und der Bericht «Migrantinnen im Kanton Bern» wurden in der ersten Jahreshälfte abgeschlossen. Auf Grund der mehrmonatigen Vakanz im Fachbereich sowie der nötigen Einarbeitungszeit des neuen Teams nahmen die Umsetzungsarbeiten der längerfristigen Projekte teilweise mehr Zeit als geplant in Anspruch. Bis Ende Jahr konnten die Dienstleistungen gegen innen und aussen wieder in gewohntem Mass zur Verfügung gestellt werden.

Publikationen: Migrantinnen im Kanton Bern (Gesamtbericht und Kurzfassung); Bulletin Nr. 18: Rückblick und schöne Aussichten; Projekt Arbeit verteilen und gewinnen – PARTE: Selbstverständlich

gleichgestellt – Projekterfahrungen zugänglich gemacht; Transparenz Nr. 6 – Daten zur Gleichstellung in der Kantonalen Verwaltung.

2.2.6.2 Besondere Tätigkeiten

Der Regierungsrat nahm Kenntnis vom Bericht «Migrantinnen im Kanton Bern» und beauftragte die Direktionen und die Staatskanzlei, die dargelegten Empfehlungen im Rahmen ihrer Möglichkeiten und Programme umzusetzen. In der Folge wurde unter der Federführung der Gesundheits- und Fürsorgedirektion eine Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Profils und einer möglichen Struktur für eine Integrations- und Koordinationsstelle im Migrationsbereich eingesetzt, in welcher die Fachstelle Einsitz hat.

Gestützt auf einen ersten Zwischenbericht des Berner Interventionsprojekts gegen häusliche Gewalt beauftragte der Regierungsrat die kantonale Projektorganisation mit Folgemaassnahmen, an deren Umsetzung zurzeit gearbeitet wird. Die Massnahmen der ersten Projektphase konnten gestützt auf das geltende Recht und ohne zusätzliche finanzielle Mittel realisiert werden.

Mit der Herausgabe der Broschüre «Selbstverständlich gleichgestellt – Projekterfahrungen zugänglich gemacht» wurde das Projekt PARTE abgeschlossen.

In der Tripartiten Arbeitsgruppe des Kantonalen Amtes für Berufsbildung setzte sich die Fachstelle für eine gleichstellungsfreundliche Umsetzung des Lehrstellenbeschlusses 2 ein. Gemeinsam mit dem Amt für Berufsbildung realisierte sie das Projekt «Netzwerk Chancengleichheit». Sie unterstützte die Lancierung des so genannten Tothertages, eines Teilprojektes des von allen staatlichen Gleichstellungsfachstellen der Schweiz gemeinsam getragenen und mehrheitlich vom Bund finanzierten Lehrstellenprojekts 16+. Bei dieser Aktion wurden Väter eingeladen, ihren Töchtern Einblick in ihre Arbeit zu geben.

Gestützt auf die Resolution Nr. 45 der Interjurassischen Versammlung wurden mit dem Gleichstellungsbüro des Kantons Jura Möglichkeiten einer gemeinsamen Institution für den Berner Jura entwickelt. Mit der Beteiligung an der Realisierung des interregionalen und grenzüberschreitenden Forums «Femmes – Egalité sans Frontières» stärkte die Fachstelle ihre Präsenz im frankophonen Kantonsteil.

Als Basis für die Überarbeitung der 1995 erlassenen Richtlinien zur Verbesserung der Vertretung und der beruflichen Stellung der Frauen in der Verwaltung des Kantons Bern eruierte die Fachstelle anhand von Leitfadengesprächen die Erfahrungen der Umsetzungsverantwortlichen in den Direktionen sowie deren Bedürfnisse an neue Grundlagen und Instrumente für eine wirkungsvolle Gleichstellungsarbeit. In der diesjährigen Auswertung der Daten zur Gleichstellung in der Kantonsverwaltung («Transparenz») zeigte sich, dass der Frauenanteil in der Zentralverwaltung von 1995 bis 2000 um insgesamt 4,7 Prozent zugenommen hat und im Jahr 2000 39,3 Prozent betrug. Bei einer Fortsetzung dieser Entwicklung ist die Geschlechterparität bei den Beschäftigten der bernischen Zentralverwaltung im Jahr 2012 erreicht. Die Gleichstellung der Geschlechter würde hingegen in den Gehaltsklassen 24–30 bei gleich bleibender Entwicklung erst im Jahre 2094 realisiert.

Auf Grund der Gleichstellungsrelevanz von NEF 2000 beteiligte sich die Fachstelle an den Workshops der Gesamtprojektleitung zur Führungsausbildung für die Direktionen der ersten Staffel und an Planungsgesprächen mit den Direktionen der zweiten Staffel. Ziel ist es, die Geschlechterperspektive möglichst früh und als selbstverständlichen Aspekt in die Umsetzungsarbeiten zu integrieren.

2.2.6.3 Kantonale Fachkommission für Gleichstellungsfragen

Im Dezember stellte die Fachkommission den Bericht «Gebrochene Schweigen? Nicht auf halbem Weg stehen bleiben!» vor. Sie zog damit zum zweiten Mal Bilanz zum Gewaltbericht aus dem

Jahre 1992. Im Kampf gegen die häusliche Gewalt wurde in den letzten Jahren manches erreicht. Nach wie vor besteht aber Handlungsbedarf. Der Bericht bezeichnet verschiedene Problemkreise im Kanton Bern, insbesondere das lückenhafte Angebot in peripheren ländlichen Gebieten sowie für spezifische weibliche Zielgruppen (behinderte, Drogen konsumierende, sich prostituierende Frauen usw.), die lückenhafte Aus- und Weiterbildung der mit der Problematik konfrontierten Berufsgruppen, die Situation gewaltbetroffener Migrantinnen ohne eigenständiges Aufenthaltsrecht sowie die fehlende Grundlagenforschung zu häuslicher Gewalt.

Die Fachkommission konnte den Kantonalverband Bernischer Arbeitgeberorganisationen dafür gewinnen, in seinen Reihen ein Transferprojekt zu PARTE zu unterstützen. Die mit der Berner Gesellschaft für Personalmanagement aufgenommenen Kontakte führten zudem im Oktober zu einer Veranstaltung zum Thema «Teilzeitarbeit im Kader». Im Hinblick auf die Grossratswahlen 2002 bereitet die Fachkommission zwei regionale Veranstaltungen (Berner Jura und Berner Oberland) vor. Weiter wird am Aufbau einer Bildungsplattform gearbeitet. Schliesslich nimmt die Fachkommission Einsitz in der Arbeitsgruppe «Kantonale Koordinationsstelle Integration». Im Rahmen von Vernehmlassungsverfahren äusserte sie sich zum Gesetz über die Steuerung von Finanzen und Leistungen (FLG), zur Änderung des Gesetzes über den Grossen Rat sowie zur Änderung der Maturitätsschulverordnung.

2.3 Personal

2.3.1 Übersicht

Tabelle 1: Stellenstatistik per 31. Dezember 2001

Besetzung bewirtschaftbarer Stellen

Verwaltungseinheit	Anzahl Männer	Frauen	in 100%-Stellen		Total
			Männer	Frauen	
Amt für Zentrale Dienste ¹	23	14	20,00	10,70	30,70
Amt für Sprachen- und Rechtsdienste ²	8	11	7,20	7,30	14,50
Staatsarchiv	10	6	10,00	3,20	13,20
Ratssekretariat	3	4	2,10	2,90	5,00
Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern	–	2	–	1,40	1,40
Zwischentotal I	44	37	39,30	25,50	64,80

Besetzung nicht bewirtschaftbarer Stellen

Verwaltungseinheit	Anzahl Männer	Frauen	in 100%-Stellen		Total
			Männer	Frauen	
Regierungsrat	4	3	4,00	3,00	7,00
Amt für Information (NEF)	7	5	6,00	3,70	9,70
Zwischentotal II	11	8	10,00	6,70	16,70
Zwischentotal I	44	37	39,30	25,50	64,80
Total per 31. 12. 2000 (mit Regierungsrat)	55	45	49,30	32,20	81,50
Total per 31. 12. 2000 (ohne Regierungsrat)	51	42	45,30	29,20	74,50
Vergleich zum Vorjahr	52	39	48,10	27,00	75,10

¹ Einschliesslich Redaktorin des Tagblatts des Grossen Rates und Sekretariat Staatsschreiber

² Einschliesslich Sekretariat des Regionalrates

Tabelle 2: Stellenbewirtschaftung 2001

Verwaltungseinheit	Punkteetat	verbrauchte Punkte	Reservepool ¹
Amt für Zentrale Dienste ²	2987,92	2797,50	190,42
Amt für Sprachen- und Rechtsdienste ³	1674,84	1669,20	5,64
Staatsarchiv	1236,00	1212,89	23,12
Ratssekretariat	603,60 ⁴	593,10	10,49
Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern	184,80 ⁴	224,47	– 39,67
Zwischentotal	6687,16	6497,16	190,00
Amt für Information (NEF) STA RR RP Transit	921,07	926,54	– 5,47
Total Staatskanzlei per 31. 12. 2001	7608,23	7423,70	284,13

¹ Abgabe an Regierungsrat-Reservepool und Neuverteilung der Punkte bewirken, dass der Reservepool nicht dem Ergebnis aus dem Punkteetat abzüglich der verbrauchten Punkte entspricht.

² Einschliesslich Redaktorin des Tagblatts des Grossen Rates und Sekretariat Staatsschreiber

³ Einschliesslich Sekretariat des Regionalrates

⁴ Ohne Punkte aus dem Regierungsrat-Reservepool

2.3.2 Personelle Änderungen auf Führungsebene

Am 1. Juli 2000 hat Barbara Ruf die Leitung der kantonalen Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern übernommen.

2.3.3 Aus- und Weiterbildung

Das Amt für Sprachen- und Rechtsdienste hat vom 20. bis 22. August im Schloss Hünigen sein fünftes Weiterbildungsseminar durchgeführt, an dem 28 Übersetzerinnen-Terminologinnen und Übersetzer-Terminologen aus der Kantonsverwaltung sowie der Amtsvorsteher des ASR teilnahmen. Auf dem Programm standen Vorträge zu den Themen deutsch- und französischsprachige Kulturen, Sprachenserver, Qualitätssicherheit, Übersetzung von Rechtstexten, Schulwesen im Kanton Bern, Europa im Internet, das Rechnungswesen vor und nach NEF 2000 sowie die heutige Situation im Berner Jura. Das Seminar war eine ausgezeichnete Gelegenheit, alle Übersetzerinnen und Übersetzer der Kantonsverwaltung für einen gegenseitigen Erfahrungsaustausch zu versammeln.

Gemeinsam mit dem Personalamt hat das Amt für Information im Medienbereich drei Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen organisiert: ein Fernsehtraining, ein Radiotraining und einen mehrtägigen Medienkurs für französischsprachige Kader.

2.3.4 Verbesserung der Vertretung und der beruflichen Stellung der Frauen

Bedingt durch den personellen Wechsel auf der Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern verzögerten sich die Umsetzungsarbeiten in der ersten Jahreshälfte. Danach traf sich die Arbeitsgruppe Chancengleichheit zu zwei Sitzungen und reaktivierte die Arbeiten gemäss Umsetzungsplan.

2.4 Vollzug der Richtlinien der Regierungspolitik

Gemäss der bestehenden Konzeption der politischen Gesamtplanung erfolgt die Berichterstattung über den Vollzug der Richtlinien der Regierungspolitik im Wesentlichen durch die Berichterstattung in den Verwaltungsberichten. Der Verwaltungsbericht für das Jahr 2001 übernimmt damit die Funktion des bisherigen Vollzugsberichtes am Ende der Legislatur. In der Einleitung der Richtlinien der Regierungspolitik 2003–2006 wird zudem – als Grundlage für die neuen Regierungsrichtlinien – ebenfalls eine kurze Berichterstattung über den Vollzug der Richtlinien der Regierungspolitik 1999–2002 erfolgen.

Ziele/Massnahmen	Priorität	Frist	Stand/Vollzug
801.1 Dem Berner Jura schrittweise mehr Autonomie gewährleisten.			Mit diesem Ziel sollte schrittweise die Einsetzung eines Sonderstatuts angestrebt werden. Die während der Legislatur gemachten Überlegungen haben gezeigt, dass es nun an der Zeit ist, dieses Endziel zu erreichen. Die entsprechenden Schritte wurden eingeleitet.
801.1.1 Weiterführung der Gedankenarbeit im Auftrag des Regionalrats.	1	27.09. 2000	Die eingehende Gedankenarbeit des Regionalrats, die mit einem Bericht abgeschlossen wurde, hat zu einer Änderung des Ziels geführt.
801.1.2 Änderung des Gesetzes über die politische Mitwirkung.	1	2001	Der Beschluss, unverzüglich zur Einsetzung eines Sonderstatuts überzugehen, bedingt die Ausarbeitung eines neuen Gesetzes, welches das Gesetz über die politische Mitwirkung ersetzen wird. Die entsprechenden Arbeiten wurden Ende 2001 aufgenommen, und der Regierungsrat hat seine Anträge Ende Februar 2002 dem Regionalrat zur Stellungnahme vorgelegt.

2.5 Gesetzgebungsprogramm (Übersicht)

Stand per 31. Dezember 2001

Titel des Erlasses	Bearbeitungsstand	Voraussichtliche Beratung
2.5.1 Aufträge gemäss Gesetzgebungsprogramm der Richtlinien		
– Gesetz über die politische Mitwirkung (Änderung)	0	
2.5.2 Aufträge aus überwiesenen Motionen und Postulaten		
– Projekt «Grosser Rat 160»	7	
2.5.3 Folgegesetzgebung zum Bundesrecht		
–		
2.5.4 Andere Gründe		
–		
0 = Arbeiten noch nicht aufgenommen 1 = in Ausarbeitung 2 = in Vernehmlassung 3 = vom Regierungsrat verabschiedet 4 = von der Kommission behandelt 5 = vom Grossen Rat verabschiedet 6 = Referendumsfrist läuft 7 = vor der Volksabstimmung 8 = zurückgewiesen		

2.6 Informatik-Projekte (Übersicht)

Stand per 31. Dezember 2001

Dienststelle Projekt/Anwendung	Investition ¹ TFr.	Produktionskosten ² bei Vollbetrieb TFr.	Produktionskosten ² im Berichtsjahr TFr.	Realisierungszeitraum
Keine Projekte				

¹ Summe gemäss Informatik- bzw. Investitionsplan

² Folgendes Konto wird berücksichtigt:

a Konto 3158 (Wartung/Reparaturen/Unterhalt von Informatikmitteln)

b Konto 3188 (Entschädigung von Informatikdienstleistungen Dritter)

2.7 Erfolgskontrolle von Staatsbeiträgen

Die Staatskanzlei hat weder eine Grob- noch eine Detailuntersuchung durchgeführt.

2.8 Andere wichtige Projekte (Übersicht)

–

2.9 Parlamentarische Vorstösse (Motionen und Postulate)

2.9.1 Abschreibung von Motionen und Postulaten

2.9.1.1 Abschreibung erfüllter Motionen und Postulate

Grosser Rat

Motion 111/1998 Koch, Laupen, vom 8. Juni 1998: Moderne Instrumente für das Parlament (angenommen als Postulat am 18. 1. 1999).

Diese Motion wurde im Rahmen des Gesetzentwurfs über die Steuerung von Finanzen und Leistungen vollzogen, dessen Überweisung an den Grossen Rat im Jahr 2001 erfolgt ist (erste Lesung in der Januar-Session 2002).

Medien

Motion 133/2000 Widmer, Wanzwil, vom 5. Juni 2000: Erhaltung der Informationsabteilung von Radio DRS in Bern (Punkte 1 und 2: angenommen, Punkt 3: zurückgezogen am 4.9. 2000).

Der Regierungsrat hat seinen Einfluss koordiniert mit den Nachbarkantonen und der Stadt Bern auf allen Stufen geltend gemacht, um die Informationsabteilung von Radio DRS am Standort Bern zu erhalten. Mit Befriedigung konnte er den Vorstandsbeschluss des Regionalrats von «SRG idée suisse Deutschschweiz» vom 3. September zur Kenntnis nehmen. Dieser Beschluss bedeutet nicht nur, dass die Zielsetzung erreicht ist, sondern, dass in Bern auch ein neues Studio gebaut wird.

Gleiche Rechte für Mann und Frau

Motion 056/1996 Gurtner, Bern, vom 23. Januar 1996 betreffend Migrantinnen im Kanton Bern (angenommen als Postulat am 2.9. 1996; Fristerstreckung bis 2000 gewährt am 16. 11. 1998).

Die mit der Motion verlangte Studie wurde im Februar veröffentlicht. Der Regierungsrat hat sich auf diese Studie gestützt, um der Gesundheits- und Fürsorgedirektion den Auftrag zu erteilen, eine Arbeitsgruppe zu bilden, um das Profil einer Integrations- und Koordinationsstelle auszuarbeiten. Diese Arbeitsgruppe hat ihre Arbeiten im September aufgenommen.

Amtsblätter

Postulat 064/1995 Hofer, Biel, vom 13. März 1995 betreffend Amtsblatt: Reduktion amtlicher Publikationen (Buchstabe b abgelehnt, Buchstaben a und c angenommen am 4.9. 1995; Fristerstreckung bis 1999 gewährt am 17. 11. 1997).

Buchstabe a: Seit dem Inkrafttreten des Gemeindegesetzes am 1. Januar 1999 (Verzicht auf die Publikation von Gemeindeverksammlungen im Amtsblatt) ist dieser Punkt des Postulats erfüllt. Buchstabe c: Eine Analyse ausgewählter Verwaltungstexte in Deutsch und Französisch zeigt, dass die geschlechtergerechte

Textredaktion, die im Übrigen für Gesetzestexte obligatorisch ist (vgl. Rechtssetzungsrichtlinien des Kantons Bern, Modul 4, Ziffer 2), immer öfter praktiziert wird. Als Hilfen dienen hier der 1996 von der Bundeskanzlei veröffentlichte «Leitfaden zur sprachlichen Gleichbehandlung im Deutschen» sowie das Heft «Ecrire les genres, Guide romand d'aide à la rédaction administrative et législative épicière», das im Juni 2001 vom Gleichstellungsbüro des Kantons Genf und von der Westschweizer Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten veröffentlicht worden ist. Das Postulat ist somit auch in diesem Punkt erfüllt.

2.9.2 Vollzug überwiesener Motionen und Postulate

2.9.2.1 Motionen und Postulate, deren Zweijahresfrist noch nicht abgelaufen ist

Wahlen und Abstimmungen

Motion 091/2000 Bolli Jost, Bern, vom 3. April 2000: Abstimmen und Wählen per Internet (angenommen als Postulat am 4.9.2000). Unter der Leitung von Frau Bundesvizekanzlerin Murali Müller ist eine Arbeitsgruppe «E-Voting» daran, sich eingehend mit den Problemen der elektronischen Stimmabgabe auseinander zu setzen, erste Lösungsansätze zu erarbeiten und diese dem Bundesrat zur Entscheid vorzulegen. Die kantonale Verwaltung arbeitet in dieser Arbeitsgruppe aktiv mit.

Motion 227/2000 Barth, Biel, vom 22. November 2000: Aktives Stimm- und Wahlrecht (angenommen als Postulat am 2.4.2001). Die Vollzugsarbeiten wurden aufgenommen.

Gesetzgebung

Motion 123/2001 Streiff-Feller, Oberwangen, vom 7. Juni 2001: Für effizientere Verfahren, welche vermehrt die Legislative einbeziehen (Punkte 1–3 zurückgezogen, Punkte 4–6 abgelehnt, Punkte 7 und 8 als Postulat angenommen am 22.11.2001). Die Vollzugsarbeiten werden Anfang 2002 aufgenommen.

Medien

Postulat 232/1998 Wyss, Bern, vom 21. November 1998: Der Grosse Rat in den Augen der Schulklassen (angenommen am 26.4.1999).

Die Anliegen des Postulats sind in die Aktivitäten der Arbeitsgruppe «Offenes Rathaus» eingeflossen. Ein von ihr erstelltes Grobkonzept hätte im 2001 umgesetzt werden sollen. Auf Grund der Ereignisse im Zuger Kantonsparlament musste das Konzept jedoch in Bezug auf den Sicherheitsaspekt überprüft werden, sodass sich die Umsetzung um ein Jahr verzögern wird.

Zweisprachigkeit

Motion 206/2000 Lörtscher, Biel, vom 20. November 2000: Forum für die Zweisprachigkeit/finanzielle Unterstützung (angenommen als Postulat am 29.1.2001).

Dieser parlamentarische Vorstoss wird im Rahmen der Vorbereitung eines Gesetzes über das Sonderstatut des Berner Juras im Zusammenhang mit der Prüfung des Sonderfalls des Amtsbezirks Biel umgesetzt werden. Der Regierungsrat wird seine diesbezüglichen Absichten im Winter 2001/2002 bekannt geben, und der Gesetzesentwurf sollte dem Grossen Rat Ende 2002 zur Beratung vorgelegt werden können.

2.9.2.2 Motionen und Postulate mit Fristerstreckung

–

2.9.2.3 Motionen und Postulate, deren Fristerstreckung abgelaufen ist

Grosser Rat

Postulat 227/1996 Reber (Finanzkommission) vom 2. September 1996 betreffend verwaltungsunabhängiges Ratssekretariat (angenommen am 4.11.1996; Fristerstreckung bis 1999 gewährt am 16.11.1998).

Motion 251/1996 Seiler, Bönigen, vom 4. November 1996 betreffend Generalabonnemente für die Mitglieder des Grossen Rates (angenommen am 28.4.1997; Fristerstreckung bis 2001 gewährt am 20.11.2000).

Postulat 113/1997 Voiblet, Reconvilier, vom 18. Juni 1997: Seit 1970/71 gab es keinen französischsprachigen Grossratspräsidenten mehr (Punkt 1 zurückgezogen und Punkt 2 angenommen am 19.1.1998; Fristerstreckung bis 2001 gewährt am 20.11.2000).

Motion 130/1997 Pauli, Nidau, vom 1. September 1997 betreffend mehr Transparenz in den Abstimmungsbotschaften (Punkt 1 angenommen und Punkt 2 abgelehnt am 19.1.1998; Fristerstreckung bis 2001 gewährt am 20.11.2000).

Motion 223/1997 Kommission Parlamentseffizienz vom 19. November 1997 betreffend Begründung der Dringlichkeit bei parlamentarischen Vorstössen (angenommen am 21.1.1998; Fristerstreckung bis 2001 gewährt am 20.11.2000).

Motion 224/1997 Kommission Parlamentseffizienz vom 19. November 1997 betreffend Privilegierung von Kommissionsvorstössen (angenommen als Postulat am 21.1.1998; Fristerstreckung bis 2001 gewährt am 20.11.2000).

Motion 231/1997 Kommission Parlamentseffizienz vom 19. November 1997 betreffend verbesserte Dokumentation (angenommen am 21.1.1998; Fristerstreckung bis 2001 gewährt am 20.11.2000).

Motion 232/1997 Kommission Parlamentseffizienz vom 19. November 1997 betreffend Register der Interessenbindungen (angenommen am 21.1.1998; Fristerstreckung bis 2001 gewährt am 20.11.2000).

Motion 227/1998 Hayoz-Wolf, Herrenschwanden, vom 19. November 1998: Nutzloser alter Zopf – Abschaffung oder Neukonzipierung der Fragestunde? (angenommen als Postulat am 21.6.1999).

Motion 200/1999 Neuenschwander, Rüfenacht, vom 9. September 1999: Stärkung der Stellung des Grossen Rates im Bereich der äusseren Angelegenheiten (angenommen am 30.1.2000).

Diese Anliegen werden im Rahmen einer Teilrevision der Grossratsgesetzgebung behandelt. Das Büro des Grossen Rates hat bereits einen Entwurf ausgearbeitet. Dieser wurde jedoch auf Eis gelegt, um ihn mit den laufenden Arbeiten der Umsetzungs-kommission NEF 2000 zusammenzulegen. Die beiden zusammengefassten Projekte werden dem Grossen Rat im Jahr 2002 vorgelegt.

Berner Jura

Postulat 269/1992 Houriet, Courtelary, vom 10. Dezember 1992 betreffend Zweisprachigkeit (angenommen am 23.6.1993; Fristerstreckung bis 1997 gewährt am 6.11.1995).

Postulat 110/1993 Graf, Moutier, vom 10. Mai 1993 für eine stärkere Rolle der Juradelegation des Regierungsrates (angenommen am 2.11.1993; Fristerstreckung bis 1997 gewährt am 6.11.1995).

Postulat 216/1993 Verdon, Corgémont, vom 16. September 1993 betreffend Massnahmen für eine professionelle und glaubwürdige Information, die in Bezug auf die französischsprachigen Bernerinnen und Berner sowie ihre Regionen auf Tatsachen beruht (ange-

nommen am 16.3.1994; Fristerstreckung bis 1997 gewährt am 4.11.1996).

Motion 124/1994 Aellen, Tavannes, vom 5. September 1994 betreffend rasche Vorbereitungen für die fortschreitende Autonomie der drei französischsprachigen Amtsbezirke (Punkt 1 angenommen und abgeschrieben; Punkt 2 angenommen als Postulat am 17.1.1995).

Motion 172/1996 Lecomte, Diesse, vom 17. Juni 1996 betreffend den Erhalt der dezentralen Verwaltung im Berner Jura (angenommen am 7.11.1996; Fristerstreckung bis 2000 gewährt am 16.11.1998).

Diese parlamentarischen Vorstösse werden im Rahmen der Vorbereitung eines Gesetzes über das Sonderstatut des Berner Juras umgesetzt werden. Der Regierungsrat wird seine diesbezüglichen Absichten im Winter 2001/2002 bekannt geben, und der Gesetzesentwurf sollte dem Grossen Rat Ende 2002 zur Beratung vorgelegt werden können.

2.10

Volksinitiativen – Stand der Bearbeitung (Übersicht)

Titel (Initiativen)	Beginn der Unterschriften- sammlung	Zustande- kommen	Bemerkungen
Volksinitiative zur Aufhebung der Jagd im Kanton Bern	1. 12. 2001		

Bern, Februar 2002

Der Staatsschreiber: *Nuspliger*

Vom Regierungsrat genehmigt am 20. März 2002

